



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

Antrag SPD Bezirksfraktion Wandsbek BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bezirksfraktion Wandsbek	Drucksachen–Nr.: 21-0923 Datum: 21.01.2020 Status: öffentlich
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Planungsausschuss	11.02.2020

Vertrag für Hamburgs Stadtgrün: Maßnahmen und Perspektiven für Wandsbek vorstellen
Antrag der Fraktionen SPD und Die Grünen

Sachverhalt:

Mit dem Vertrag für Hamburgs Stadtgrün haben sich die Hamburger Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN im April 2019 gemeinsam mit den Initiatoren der Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ auf folgende Leitlinien verständigt:

Siedlungsentwicklung ermöglichen – Naturqualität verbessern – Lebensqualität steigern

Die Stadt verpflichtet sich u.a. darin, den Grünanteil von rund 30 Prozent der Gesamtfläche Hamburgs dauerhaft zu erhalten.

Die Naturqualität wird kontinuierlich und im gesamten Stadtgebiet gezielt verbessert, u. a. durch die Entwicklung von Naturschutzgebieten, das Anlegen von Blühwiesen in Parks, die Renaturierung von Stadtbächen und Mooren sowie die Pflege von naturnahen Wäldern. Positive Effekte können auch durch extensivierte Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen erzielt werden.

Bundesweit schlägt Hamburg damit als erste Großstadt einen richtungsweisenden Weg ein, mit dem eine Verbindung zwischen Grünerhalt und Siedlungsentwicklung tatsächlich möglich ist. Die Stadtnatur wird ökologisch aufgewertet, Artenvielfalt und Lebensqualität bleiben erhalten.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung Wandsbek beschließen:

1. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, eine Vertreterin / einen Vertreter der zuständigen Fachbehörde in den Planungsausschuss einzuladen. Dabei soll über den Sachstand zu dem vorgesehenen „Vertrag für Hamburgs Stadtgrün mit den Bezirken“ (s. Bürgerschaftsdrucksache 21/16980, Abschnitt III) und über die geplanten Maßnahmen und Perspektiven für den Bezirk berichtet werden.
2. Die Mitglieder des Ausschusses für Klima, Umwelt und Verbraucherschutz sollen zu der entsprechenden Sitzung des Planungsausschusses hinzugeladen werden.

Anlage/n:

Keine.